

Bericht des Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Borelius über die Reichstagsession 1879.

I.

Nach dem Schluss der Reichstagsession habe ich es für meine Pflicht, mich gegen meine Wähler über die benutzte Reichstagsession und mein Verhalten während derselben aus dem betreffenden Berufungsberichte, die ich nach meiner Heimkehr in demselben Manne vorand, haben mich früher hierzu nicht gelangen lassen, und ich habe jetzt es vor, mich durch die folgenden Blätter an die Wähler der Stadt Halle und des Saalkreises zu wenden, weil ich hoffen darf, dass auf diese Weise meine Ansichten Webreren zugänglich werden, als wenn ich in einer öffentlichen Versammlung mündlich mich ausdrückte.

Die diesjährige fünfundzwanzigste Reichstagsession ist seit Errichtung des norddeutschen Bundes die längste und vielleicht auch die an Ergebnissen reichste gewesen. Wichtige Gesetze sind verabschiedet worden. Die Verfassung und Verwaltung von Kreis-Verordnungen, um nur wenige Beispiele anzuführen, ist in durchgreifender Weise weiter entwickelt und umgestaltet worden. Durch das Gesetz über Fälligkeit von Nahrungsmitteln soll Unselbständiges abgeholten werden, welche vor einigen Jahren leichter als in der letzten Zeit beklagt wurden. Unsere Gewerbeordnung ist in einzelnen Bestimmungen abermals verändert und hoffentlich verbessert worden. In Betreff der bürgerlichen Rechtspflege sind mehrere Gesetze zu Stande gekommen, durch welche die große in allerhöchster Zeit in Kraft tretende neue Justizorganisation ergänzt werden soll. Aber alle anderen Ergebnisse der Reichstagsession werden doch am Ende weit überwiegen durch die beschlossenen, in das Finanz- und Wirtschaftsreformgesetz, welche als unsere am besten auf der einen Seite ein ganz gewaltiger Aufschwung unseres wirtschaftlichen Lebens erfolgt, auf der anderen Seite ein Herabsetzen der Ernährung und Lebensführung unseres Volkes beabsichtigt wird.

Wesentlich anders als man bei der Wahl des Reichstages im Sommer vorigen Jahres erwarten durfte und wesentlich anders als der Reichstag vorher selbst in Aussicht gestellt hatte, ist jene sogenannte Finanz- und Wirtschaftsreform zu Stande gekommen. So sehr ich auch bereit war, diejenige Finanzpolitik mit zu unterstützen, welche zur Zeit der Reichstagsession als die des kürzigen Wismars galt. So bin ich doch nicht im Stande gewesen, unserem Staatsmann, der auch auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftsreform sich als höchst wandlungsfähig gezeigt hat, auf den Wegen zu folgen, die einschlagen der Verlauf der Entwicklung nach seiner Ansicht ihm nöthigte. So bin ich, indem ich an meinen früheren Ansichten, die ich vor meiner Wahl offen ausgesprochen, glaube festhalten zu müssen, doch gekommen, gegen den neuen Zolltarif meine Stimme abzugeben.

Die Finanzpolitik des Reichstages, wie er sie früher oft bezeichnet, verfolgte ein doppeltes Ziel. Er wollte es bezeichnen, dass die Bedürfnisse des Reiches durch die sogenannten Matrularbeiträge der Einzelstaaten fernere befriedigt werden, welche die Einzelstaaten fernere des Reiches auf eigene Füße stellen und die Einzelstaaten unabhängig machen. Und er wollte ferner den Ersatz für die wesentlichen Matrularbeiträge dem Reich durch Verklärung der Einnahmen aus Zöllen und indirecten Steuern beschaffen, die in seinem durchgreifenden Charakter entsprechend sich in Zukunft sehr reichlich auswirken, das von dem Ueberflus der Einnahmen und indirecten Steuern die Einzelstaaten noch über die Entlastung von den Matrularbeiträgen hinaus Vortheil haben und heraus erhalten sollten. Das eine Ziel, die Selbständigmachung des Reiches durch Verklärung der Matrularbeiträge, war idealer Charakter und sollte die politische Zukunft des Reiches sicher stellen; das andere Ziel, welches in den schließlichen Worten „mehr Geld!“ seinen einfachsten Ausdruck findet, war ungleich realer Natur und seine Erreichung entsprach bei den gegenwärtigen Deficits der Einzelstaaten einem unabwehrbaren Bedürfnis des Tages. Bei der durchaus praktischen Natur unserer Staatsmannes war es ganz selbstverständlich, dass, wenn beide Ziele nicht zugleich, oder selbst eines nur auf Kosten des andern erreichen ließe, er zufrieden sein würde, wenn er wenigstens ein Ziel nicht vollständig hätte, und wenn dem einen Ziel ein wenig weichen sollte, um dem andern den Zutritt zu überlassen, wie das Reich mit den Matrularbeiträgen und den Einzelstaaten fertig werden würde. Und so ist es auch gekommen. Neue Einnahmestellen sind durch Zölle und indirecte Steuern geschaffen worden, aber die particulardienstliche gefundene Centrumfraction hat die Bewilligung dieser Mehreinnahmen an die Bedingung geknüpft, dass, was im Zukunft mehr als bisher an Zöllen und Tabaksteuer einfließen, nicht dem Reiche, sondern den Einzelstaaten zufließen soll, das das Reich nach wie vor auf die Matrularbeiträge der Einzelstaaten angewiesen bleiben soll, das aber diese Matrularbeiträge in erster Linie durch die an die Einzelstaaten fallenden Zölle der Zölle und Verbrauchssteuern gedeckt werden sollen. Dies ist der Summe des viel berufenen, jetzt in das Reichsgesetz aufgenommenen Frankfurter Antrages. Er läßt die Matrularbeiträge bestehen und enthält keinen Fortschritt auf dem Wege, die selbständige staatliche Natur des Reiches zu entwickeln; er macht auch das eben schon höchst verdorftete Finanz- und Rechnungswesen unseres Reiches noch verdorfteter. Aber ich finde es durchaus gerechtfertigt, daß ein praktischer Staatsmann wie Herr v. Bismarck nötige Gebühnen, die er unter den Bedingungen jenes Antrages erlangen kann, gegen die in der Erlangung geknüpften Bedingung allein nicht zurückweist. In diesem Sinne habe auch ich zwar gegen den Frankfurter Antrag gestimmt; aber gegen den nicht im Reichstag habe ich nicht wegen dieses Antrages, sondern deshalb gestimmt, weil ich die Zölle selbst für überwiegend ungerechtfertigt und gemeinschädlich halte.

Ueber die Zollreform selbst habe ich der Herr v. Bismarck früher in einem dem Grundgedanken des jetzigen neuen Tarifs im wesentlichen Beziehung entgegengelegten Weise ausgesprochen. In einer am 21. Nov. 1875, also zu einer Zeit, wo über den Ausgang der Industrie mehr noch als heute gesagt wurde, dem Reichstage gehaltenen Rede hatte er sich durchsagen für eine der einflussreichsten unserer Zolltarife ausgesprochen. Die politischen Positionen, so führte er aus, erwirkten die Ver-

waltung und brachten wenig ein; sein Ideal sei der englische Zolltarif mit weniger aber ausgiebigen Finanzzöllen. Als er am 10. März 1877 seine Gedanken über Zoll- und Steuerreform abermals dem Reichstage vortrug, bewegte er sich in gleicher Richtung und sagte u. A. nachdrücklich, „ich hoffe, daß Sie uns zur Seite stehen werden in dem Sinne einer Erhöhung der Zölle und Steuern auf nicht absolut notwendige, entbehrliche Artikel.“ Bestimmter konnte man Getreide- und Viehzölle nicht zurückweisen. Im August 1878 ferner fand auf Veranlassung des Reichstages eine Beratung der deutschen Finanzminister über die Finanzreform in Heidelberg statt. Ein bestimmtes Ergebnis ist wohl eigentlich überhaupt nicht erzielt, jedenfalls nicht bekannt geworden; aber das hat zuverlässig verlautet, daß man auch hier über Ersatz der Matrularbeiträge durch Finanzzölle als Ziel einig geworden ist. Einen völlig neuen, allgemein übertragenden und sehr schnell als unabwehrbar wieder aufgegebener Plan stellte dann der Reichstagsminister in seinem höchst merkwürdigen Schreiben an den Bundesrath vom 15. December 1878 auf. Alle vom Auslande eingehenden Waaren sollten danach einem Zolle von 5-10 Prozent des Wertes unterliegen. Der Gedanke, den angeblich lebenden Industriezweigen durch Schutzzölle zu helfen, wurde zwar nicht abgewiesen, wohl aber von der treffenden Bemerkung in den Hintergrund gedrängt: „Schutzzölle für einzelne Industriezweige wirken wie ein Privilegium und begünstigen die Abneigung, welcher jedes Privilegium ausgesetzt ist.“ Beim Erlass jenes Schreibens hatte aber der Reichstagsminister bereits den Bund mit dem Führer der Gruppe eingezogen, die entgegen allen früheren Plänen des Reichstages die Schutzzölle in erster Linie wollten, die Finanzzölle nur am Reich der Schutzzölle zu bewilligen gemeint war.

Gebr. bald nachdem die Organe der Gültigkeit vorübergerichtet waren, hatte der Kaiser, welcher die unabwehrliche Folge jeder Organe sein mußte, die Schutzzölle abzugeben anmahnen lassen, welche, wie nicht zu verkennen ist, auch andere, zum geringen Theil selbst begründete Ursachen hatte. Die großen Eisenindustrie- und Spinnereibetriebe, die auf ihren Gebieten den größten Aufschwung wie auch folgegemäß Rückgang hinter sich hatten, waren am eifrigsten auf dem Plan und wußten durch den mit reichen Mitteln arbeitenden „Centralverband deutscher Industrieller“ Propaganda für den Schutzzölle abzugeben zu machen, auch die Regierungen zu tatsächlichen Erhebungen über die angeblich nothleidenden Industriezweige zu veranlassen. Gleichwohl war noch im Juli vorigen Jahres die Hochfluth seines Wohlstandes schon getrocknet; während der Wahltagationen kam eigentlich nur die Wiederherstellung der bis zum 1. Januar 1877 bestehenden Einnahme- und ausgaben- als eine mögliche Zollreform für Spinnereien in Frage. Am Getreidezolle dachte damals noch kaum Jemand: ein Flugblatt eines berliner antikfortschrittlichen Wahlcomites erklärte es für eine böhmische Verleumdung, wenn von einem bekannten Fortschrittsmann verbreitet würde, Herr v. Bismarck denke an die Einführung von Getreidezöllen, und wir haben bei meinem Eintritt in den Reichstag im September vorigen Jahres mehrere Landwirthe, welche zum Theil nachher für Getreidezölle gestimmt haben, als ihre erste Ansicht ausgesprochen, daß sie Getreidezölle für unmöglich, und wenn eingeschrieben, im Interesse der Landwirtschaft selbst eher für schädlich als für nützlich hielten. Aber allerdings gab es eifrige Vertreter der landwirtschaftlichen Schutzzölle im Reichstage und sie machten alsbald gemeinsame Sache mit den Eisenindustrie- und Spinnereien. Den Sammelpunkt dieser Interessen im Reichstage bildete die „freie volkswirtschaftliche Vereinigung“, und der Führer dieser Vereinigung war der ehemalige württembergische Minister v. Bismarck, auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Großindustrie gleichmäßig zu Hause, ein schon lange auch mit der Feder sehr thätiger, höchst eifriger Führer der Schutzzölle.

Herr v. Bismarck hat für die Erreichung seiner Ziele mit großem Geschick operirt. Er hat unter dem, lange nur in allgemeinen Umrissen umschriebenen Schlagwort des „Schutzes der nationalen Arbeit“ mehr und mehr Mitglieder für die „freie Vereinigung“ zu werben gewußt und im Oktober für ein ganz allgemeine gehalten, eigentlich gar nichts sagende Erklärung die Unterschriften von nicht weniger als 204 Mitgliedern des Reichstages zu gewinnen gewußt. Ihren Charakter erhielt die an sich farblose Erklärung nur durch den Namen Bismarck, von dessen Bestimmungen auch mehr und mehr die Unterschriften erfüllt wurden. Der Herr v. Bismarck ist ein in praktischer Staatsmann, daß er den Werth Bismarck's für seine Finanzpläne sofort erkannte. Die nationalliberale Fraction, in Sachen der Wirtschaftspolitik noch mehr als in anderen politischen Fragen auseinandergehend, erschien ihm kaum werth, sich überhaupt nur in Rechnung gezogen zu werden, mit der Truppe Bismarck's (zu der ich mich nicht hatte anwerben lassen) konnte er für seine Pläne rechnen, wenn er auch dem gefolgteren Führer eine Mitwirkung bei der Durchführung gönnen mußte. Herr v. Bismarck trat daher bald mit Herrn v. Bismarck in Verbindung und ließ ihn im December zum Vorherrschen der von Bundesrath zu dem Zwecke bestellten Commission ernennen, eine Revision des Zolltarifs in Erwägung zu ziehen. In dieser Commission brachte Herr v. Bismarck die schutzzöllnerischen Tendenzen sehr eingehend zur Geltung und im Reichstage selbst erfuhr der Entwurf noch weitere Veränderungen im schutzzöllnerischen Sinne. Es versteht sich von selbst, daß nicht alle diejenigen, welche der sich bildenden schutzzöllnerischen Reichstagsmehrheit angehörten, ihre eigenen Interessen verfolgten. Die meisten von ihnen waren unzufrieden, ebenso betreibt, dem Wohle des Ganzen zu dienen, wie die Minderheit. Aber die Führung der Minderheit fiel allerdings den unmittelbaren Interessenten und Interessentvertretern zu. Die ausfalligsten Interessentengruppen der Landwirtschaft, Eisenindustrie- und Spinnereizöllen nun zwar Einer dem Andern die höheren Zölle von Herzen, aber stimmten schließlich doch Jeder für den Zoll des Andern, um mit der Andern als Entgelt gewählten Unterstützung das eigene Interesse zur Geltung zu bringen. Nach am vorletzten Sitzungstage wurde durch zwei unmittelbar nach einander vor-

genommene namentliche Abstimmungen der Zoll auf grobe Eisenwaaren nochmals erhöht und der Roggenzoll herabgesetzt. Zug um Zug folgten die Leistung und Gegenleistung. Es fand ein Handel statt, der, wie ein alcontraerlicher Abzweigner aus der Statistiker Bogen sich ausdrückte, der „Börse würdiger als der Reichstages war, und, was diesen Handel noch widerwärtiger machte, war, daß diejenigen, welche am meisten über den Hochstand ihrer Industrie und Erwerbszweige klagten, von den allerreichsten Mitgliedern im Reichstage gehörten. Eine solche Zollpolitik ergreift die Minderheit; von den vielen auf weitere Zollherabsetzungen in den Reichstage gebrachten Anträgen gelangten mindestens drei Viertel zur Annahme, und nur einer besonders Haß des Augenblicks gelang es dagegen, wenn auch einmal ein Ermäßigungsantrag durchging. Bei den Zollreduzierungen begünstigte man sich nicht, über die Höhe des Zolltarifs von 1873 hinauszuweisen, oft wurden auch diejenigen von 1865 und 1890 nach oben überschritten, ja selbst Gegenstände mit Zöllen belegt, die seit 1818 zollfrei eingezogen waren. So wurde z. B. ein früher niemals dagewesener Zoll auf Holzbohrer und Gerberlöcher angeblich deshalb gelegt, um zur Anlegung von Eisenbahnhaltestellen dadurch anzuregen. Als ob Jemand einen Eisenweg deshalb anlegen wird, weil er die Hoffnung hat, nach zwanzig Jahren, wo frühestens der Wald Holzbohrer liefern kann, den Genuß Holzbohrer um 25 Pfennige höher als bisher zu verkaufen! Und so sehr getrieb man in den Zollreduzierungen, daß man am vorletzten Tage einen Zoll (auf Flach) annahm, den man mit Rücksicht auf die durch diesen Zoll zu sofortigen Tode verurtheilte Zuteufelation als höchst unmöglich erkannte und den man, da der Beschluß nach der Geschäftsordnung nicht mehr rückgängig zu machen war am folgenden Tage dadurch rückgängig machte, daß man den Einfuhrtermin für diesen Zoll auf den 1. Juli 1880 hinaussetzte, in der ausgedehnten Absicht, vor diesem Termin den Flachzoll wieder aufzuheben. Erst als die Schutzzölle glücklich eingeschrieben waren, ließ die Minderheit in den für ihren großen Theil sehr sauren Apfel, auch die Finanzzölle zu bewilligen, welche Herr v. Bismarck als Gegenlage für die Schutzzölle dem Reichstage herbeigetragen hatte.

Ich bin nicht im Stande gewesen, den schließlichen und auf solche Weise zu Stande gekommenen Zolltarif anzunehmen und habe zuletzt, wenn auch mit schwerem Herzen, mit Nein gestimmt. Das Bedürfnis nach Webrerinnahmen zwar stand mir sehr und auch die indirecten Steuern schienen mir als zur Erzielung dieser Webrerinnahmen geeignet. Darum habe ich für die erhöhte Tabaksteuer gestimmt, nachdem die von der Regierung vorgeschlagene, äußerst harte und unbillige Abzweigner- und Nachsteuerung verworfen und die Tabaksteuer selbst gegen die Regierungsvorlagen vermindert, auch die Zölle für den Tabak in die Höhe gehoben worden waren. Ich habe nicht minder bei den Positionen des Zolltarifs für die meisten der sogenannten Finanzzölle gestimmt und mich dabei nur in Uebereinstimmung mit dem gehalten, was ich im vorigen Jahre meinen Wählern wiederholt als meine Ansicht ausgesprochen habe. So habe ich nach dem mir vorliegenden Zeitungsbild am 2. Juli v. J. gesagt, nicht allein würden sich übrigens die indirecten Steuern auf Bekleidung des Tabaks zu beschränken haben, sondern auch durch Verklärung der Tabaksteuer auf die Lampe des armen Mannes“ durchaus nicht rühren lassen. Soll ein Zoll, was doch sein Zweck ist, einträglich sein, so muß er auf allgemein gebrauchte Gegenstände gelegt werden, weil es zu wenig Wohlplacende giebt und daher ein nur die Wohlplacenden treffender Zoll zu wenig einträgt. Petroleum aber ist ein solcher allgemein gebrauchter Gegenstand und eignet sich deswegen am besten als Zollbeitrag, weil der Verbrauch daran, wenn auch nicht durchaus, so doch annähernd, sich nach der verschiedenen Wohlhabenheit bemittelt und daher der Wohlplacende mehr als der Arme durch den Petroleumzoll leisten wird.

Unannehmbar haben mir aber den Zolltarif die meisten Schutzzölle und namentlich die Zölle auf unentbehrliche Lebensmittel gemacht. Heute so wenig als vor einem Jahre bin ich ein unbedingter Schutzzöllner. Ich weiß die erzielende Bedeutung der Schutzzölle sehr wohl zu schätzen und weiß, daß wir z. B. ohne die Schutzzölle unsere blühende und für unsere Volkswirtschaft so wichtige Zuckerindustrie gar nicht haben würden. Deshalb habe ich mehrfach für Schutzzölle zu Gunsten der Hausindustrie meiner Leute gestimmt, deshalb war ich von vornherein unbedingter Prüfung durch mich zugeneigt und deshalb wurde ich auch für eine Wiederherstellung von älteren Einnahme, wie sie die 1877, zum Theil selbst für solche Zölle, die bis 1873 bestanden haben, gestimmt habe. Aber die Verklärung der Schutzzölle habe ich allerdings für das höchste, angestrebte Ziel, trotz dem Nordamerika und Frankreich unter eigentümlichen Verhältnissen jetzt schutzzöllnerische Wege eingeschlagen haben, wodurch aber wohl nicht reich genug geworden sind. Der Staat hat nicht die Aufgabe, durch Fehlbildung oder Verminderung der Konkurrenz des Auslandes einer Minderheit gute Preise zu machen, welche die Minderheit bezuglich soll, was des Bundes Kern bei dem neuen Zolltarif ist. Aufpreisliche Politik war es, die Schutzzölle nur als Ergänzungsbeitrag zu brauchen und dem Freiheitlande zuzuführen, und wesentlich durch sie haben wir es in unserem dürtig ausgefallenen Lande dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Die „Kreuzzeitung“, die ihre Art in Preußen und Bayern, in Polen und Niederösterreich, in Brandenburg und der Altmark hat, hat in den dreißig Jahren ihres Bestehens nicht aus Uebermaß des Freiheitlandpolitik getrieben, sondern in richtiger Erkenntnis der materiellen Lebensbedingungen unseres Volkes, und wir in Norddeutschland scheiden uns in unser eigenes Fleisch, wenn wir jetzt unter altpreisigen Zollpolitik den Rücken kehren und unter der Leitung eines württembergischen Ministers unsere Interessen denen von Südb-



